

Politische Kommunikation und Volksentscheid

Eine Fallstudie zur Verfassungsreform in Liechtenstein

Bearbeitet von
Prof. Dr. Frank Marcinkowski, Dr. Wilfried Marxer

1. Auflage 2011. Taschenbuch. 300 S. Paperback
ISBN 978 3 8329 6373 6
Gewicht: 444 g

[Weitere Fachgebiete > Medien, Kommunikation, Politik > Politische Kultur > Politische Kommunikation und Partizipation](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Ihre Meinung

JA
NEIN

Frank Marcinkowski | Wilfried Marxer

Politische Kommunikation und Volksentscheid

Eine Fallstudie zur Verfassungsreform
in Liechtenstein



Nomos
Edition Reinhard Fischer

Schriftenreihe Politische Kommunikation und
demokratische Öffentlichkeit

herausgegeben von
Prof. Dr. Frank Marcinkowski
Prof. Dr. Barbara Pfetsch
Prof. Dr. Gerhard Vowe

Band 2

Frank Marcinkowski | Wilfried Marxer

Politische Kommunikation und Volksentscheid

Eine Fallstudie zur Verfassungsreform
in Liechtenstein



Nomos

Edition Reinhard Fischer

Eine erweiterte Fassung dieses Manuskripts ist im Mai 2010 als Band 47 der Liechtenstein Politische Schriften (LPS) im Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft erschienen.

Bildnachweis Titel: istockphoto.com

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8329-6373-6

1. Auflage 2011

© Nomos Verlagsgesellschaft/Edition Reinhard Fischer, Baden-Baden 2011.

Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
1 Einleitung in Thematik und Aufbau des Bandes	9
2 Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und Demokratie: Zur Entwicklung der analytischen Instrumente	13
2.1 Öffentlichkeitstheoretische Grundlagen: Politische Öffentlichkeit und direkte Demokratie	13
2.2 Demokratietheoretische Grundlagen: Funktion und Stellenwert öffentlicher Meinung in der direkten Demokratie	34
2.3 Kommunikationstheoretische Grundlagen: öffentliche Kommunikation und individuelle Meinungsbildung	45
3 Politisch-institutionelle und sozio-kulturelle Rahmen- bedingungen öffentlicher Kommunikation im Fürstentum Liechtenstein	67
3.1 Kleinräumigkeit Liechtensteins	68
3.2 Mediensystem, Politik und Gesellschaft	74
3.3 Direktdemokratische Einrichtungen	90
4 Der Verfassungskonflikt in Liechtenstein	101
4.1 Vorgeschichte	101
4.2 Parlamentarischer Weg	106
4.3 Volksinitiativen	115
5 Struktur und Dynamik öffentlicher Kommunikation im Abstimmungsprozess: 2000 bis 2003	119
5.1 Medienöffentlichkeit: Intensität und Inhalt von Presse- berichterstattung und Kampagnenkommunikation	122

5.2	Versammlungsöffentlichkeiten: Angebot und Nutzung von Informationsveranstaltungen	184
5.3	Gesprächsöffentlichkeit: Intensität und Struktur interpersonaler Kommunikation	197
6	Entstehung und Entwicklung der Bevölkerungsmeinung	209
6.1	Determinanten der Beteiligung an öffentlicher Kommunikation	209
6.2	Kognitive Effekte der öffentlichen Meinung	222
6.3	Prädisposition, Kommunikation und Stimmverhalten	254
7	Diskussion der Ergebnisse und Schlussfolgerungen	265
8	Anhang	275
8.1	Datensätze und Methodik	275
8.2	Literatur	282
8.3	Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	297

1 Einleitung in Thematik und Aufbau des Bandes

Arbeiten zur politischen Kommunikation in direktdemokratischen Entscheidungsprozessen haben Konjunktur (Vreese/Semetko 2004; Vreese 2007; Scholten u.a. 2009). Das liegt zum einen daran, dass diese Form demokratischer Willensbildung weltweit an Bedeutung gewinnt (Butler & Ranney 1994; McCuan/Stambough 2005; Pállinger u.a. 2007). Selbst in traditionell parlamentarisch-repräsentativen Demokratien wie der Bundesrepublik Deutschland wird den Bürgern in allen Länderverfassungen und Gemeindeordnungen inzwischen die Möglichkeit eingeräumt, Entscheidungen über politische Sachfragen unter bestimmten Bedingungen selbst in die Hand zu nehmen (Neumann 2009). Zusätzliche Aufmerksamkeit für das Thema haben eine Vielzahl von europäischen Referenden erzeugt, zuletzt im Jahr 2008, als die Bürger Irlands den sogenannten EU-Reformvertrag auf Eis legten, wegen eines Kommunikations- und Vermittlungsproblems der irischen Regierung, wie es später hiess. Damit ist der zweite Grund für das wachsende Interesse der Wissenschaft und namentlich der politischen Kommunikationsforschung genannt: die immense Bedeutung von öffentlicher Kommunikation im Abstimmungsprozess. Niemand hat sie treffender auf den Punkt gebracht, als der Konstanzer Politologe Leonhard Neidhart: «Unter keinen anderen demokratischen Bedingungen wird der politische Prozess, d.h. die Herstellung gesellschaftlich bindender Entscheidungen, die Verteilung der politischen Macht und die Lösung oder Nichtlösung von Problemen unmittelbarer, häufiger und einzelfragenbezogener durch die öffentliche Meinung beeinflusst. Sie ist also auch ein Teil des politischen Systems, ihr kommen in der direkten Demokratie mehr und zentralere Funktionen zu, weshalb sie eher als Erste denn als Vierte Gewalt bezeichnet werden muss. Aus diesem Grund sind auch alle Prozesse, die mit der Entstehung, der Erzeugung, der Lenkung und der organisatorisch-rechtlichen Verfassung der öffentlichen Meinung zu tun haben, in

einem stärkeren Masse politisiert und somit ein zentrales Thema der Politischen Wissenschaft.» (Neidhart 1982a, 12)

Überblickt man die neuere Forschung zum Thema, fällt eine gewisse Zweiteilung auf. Einerseits werden Arbeiten zu Struktur, Verlauf und Inhalt medienvermittelter Kommunikation im Abstimmungsprozess vorgelegt (Jenkins/Mendelson 2001; Schneider 2003; Tresch 2008). Dem steht auf der anderen Seite eine gut ausgebaute Stimmbürgerforschung gegenüber, die sich ähnlich der Wahlforschung um die Entschlüsselung individueller Entscheidungsgründe bemüht (Bowler/Donavan 2000; Kriesi 2005). Empirische Studien, die detaillierte Medieninhalts- und Kampagnenanalysen mit Umfragedaten zum Stimmbürgerentscheid in Verbindung bringen, sind demgegenüber rar gesät (Vreese/Semetko 2004). Dieser Band ergänzt den insoweit mageren Literaturbestand um eine weitere Fallstudie. Sie fragt nach den Strukturen, Instrumenten und Folgen öffentlicher Meinungsbildung im Kontext einer direktdemokratischen Sachabstimmung. Ihr Untersuchungsgegenstand ist das Verfassungsreferendum von 2003 im Fürstentum Liechtenstein.

In der Volksabstimmung vom 16. März 2003 kamen zwei parallel lancierte Volksinitiativen zur Abstimmung, einerseits eine vom Fürstenhaus, andererseits eine von einem Initiativkomitee eingebrachte Vorlage. Für beide Vorlagen wurde zeitgleich eine erfolgreiche Unterschriftensammlung durchgeführt, sodass sie gleichzeitig zur Abstimmung gelangten. Bei einer sehr hohen Stimmbeteiligung von 87,7 Prozent wurde die Vorlage des Fürstenhauses mit einer Zustimmung von 64,3 Prozent deutlich angenommen, während die Vorlage des Initiativkomitees lediglich Zustimmung von 16,6 Prozent der Urnengänger erhielt und damit klar scheiterte.

Wie bildet sich politische Öffentlichkeit beziehungsweise eine «öffentliche Meinung» über Sachfragen im Angesicht direktdemokratischer Mitbestimmungs- und Vetomöglichkeiten des Volkes? Wie ist die Qualität öffentlicher Deliberation in der direkten Demokratie zu beurteilen? Wie sind diesbezüglich Kampagnenkommunikation und Berichterstattung der publizistischen Massenmedien einzuschätzen? Wie agieren und kommunizieren die politischen Akteure? Wie ist das relative Gewicht von Medienkommunikation und interpersonaler Kommunikation im Meinungsbildungsprozess ausgeprägt? Welchen Stellenwert hat generell der Faktor Kommunikation für den individuellen Stimmentscheid, ins-

besondere im Verhältnis zu politischen Prädispositionen? Das sind die Fragenkomplexe, mit denen sich die Studie auseinanderzusetzen hat. Um das tun zu können, bedarf es zunächst einer Reihe von theoretischen Zutaten. Sie werden in *Kapitel 2* entwickelt. Dabei geht es zunächst um einen theoretisch fundierten und zugleich empirisch brauchbaren Begriff von Öffentlichkeit beziehungsweise öffentlicher Meinung. Ohne ihn bliebe unklar, was überhaupt untersucht werden soll. Dem folgen demokratiethoretische Überlegungen zur Bedeutung öffentlicher, politischer Kommunikation in der direkten Demokratie, die den normativen Interpretationsrahmen der Befunde beisteuern. Zuletzt geht es um die theoretische Modellierung des Meinungsbildungsprozesses unter besonderer Berücksichtigung der Rolle von Kommunikation. Sie liefert konkrete Forschungsfragen und Hypothesen. Diese Fragen sind im speziellen sozio-politischen Kontext des Kleinstaats Liechtenstein zu beantworten. *Kapitel 3* liefert insoweit die notwendige Präzisierung der Randbedingungen dieser generellen theoretischen Überlegungen im speziellen Fall. Dabei geht es zunächst um die Bedeutung des Faktors Kleinheit für die Bildung von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung. Darüber hinaus sind die direktdemokratischen Einrichtungen des Landes insbesondere im Hinblick auf ihre kommunikativen Effekte darzustellen. Schliesslich geht es darum, die Strukturen des Mediensystems und seine Verflechtung mit dem politischen System im Hinblick auf die daraus resultierenden Bedingungen für öffentliche Kommunikation und Meinungsbildung zu befragen. Dem folgt in *Kapitel 4* ein erster empirischer Teil. Er ist der Darstellung des Fallbeispiels gewidmet und schildert den politischen Prozess der Verfassungsreform sowie sein Ergebnis in der gebotenen Kürze. In den beiden folgenden Kapiteln werden die öffentlichkeitssoziologischen und kommunikationswissenschaftlichen Kernbefunde der Studie referiert. *Kapitel 5* analysiert die Medienberichterstattung, die Kampagnenkommunikation mit Werbemitteln, die Ausgestaltung der Versammlungsöffentlichkeit und die Bedeutung interpersonaler Kommunikation. Dabei wird die langfristige Entwicklung der Kommunikations- und Framingstrategien der politischen Hauptakteure sichtbar. In *Kapitel 6* werden die Determinanten der individuellen Meinungsbildung analysiert und dabei insbesondere die Bedeutung öffentlicher Kommunikation für den Stimmentscheid herausgearbeitet. *Kapitel 7* fasst die zentralen Ergebnisse der Arbeit zusammen und diskutiert ihre Konsequenzen.

Die kleinstaatlichen Bedingungen des Untersuchungsobjekts bieten forschungspraktische Vorteile, weil hier mit vertretbarem Aufwand eine Quasi-Vollerhebung aller relevanten Bestandteile öffentlicher Kommunikation über einen längeren Untersuchungszeitraum hinweg geleistet werden konnte. Aus dem gleichen Grund decken die Umfragen trotz begrenzter Stichprobe einen relativ grossen Anteil der Grundgesamtheit aller Stimmbürger ab. Auch die Kampagnenstrategien beider Lager konnten wegen der begrenzten Zahl der Akteure ungewöhnlich exakt beobachtet werden. Die Studie erreicht insoweit eine empirische Tiefe und Vollständigkeit, die in anderen Forschungskontexten kaum realisierbar ist. Diesem Vorteil steht auf der anderen Seite die typische Problematik der Nicht-Generalisierbarkeit von Fallstudienbefunden gegenüber. Sie wird im vorliegenden Fall durch die ungewöhnliche Staatsform und Kleinstaatlichkeit Liechtensteins befördert. Wenn die Ergebnisse der Studie dennoch über den Einzelfall hinausweisen, so liegt das vor allem an der typologischen Ähnlichkeit des Liechtensteiner Mediensystems mit den Strukturbedingungen in regionalen Zwei-Zeitungskreisen und der auch anderenorts typischen Dominanz der Verlautbarungsfunktion von Lokalpresse (Jonscher 1995; Lang 2003). Zumindest für Bürgerentscheide auf lokaler Ebene sollte sich insoweit aus der Studie etwas lernen lassen. Über Liechtenstein hinaus reicht die politik- und kommunikationswissenschaftliche Bedeutung des Projektes auch für die seit Jahren diskutierte «Theorie der deliberativen Demokratie» (Habermas 1992b). Die Diskussion darüber, ob und wie entsprechende Öffentlichkeitsmodelle mit den Bedingungen moderner Mediengesellschaften in Einklang zu bringen sind, ist von hoher politik- und kommunikationswissenschaftlicher Relevanz (Page 1996; Habermas 2006; Gastil 2008). Die diskursive Qualität der öffentlichen Meinungsbildung in Liechtenstein, in der die Massenmedien annahmegemäss keine dermassen dominante Rolle in der *policy deliberation* einnehmen, kann hier als aufschlussreicher Testfall dienen.